

**Einbringung des Haushalt 2026 in der
Stadtverordnetenversammlung am 13.
November 2025 von Bürgermeister Frank
Grunewald**



Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,

heute bringe ich die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Jahr 2026 ein und lege Ihnen die Maßnahmen für das Investitionsprogramm der Jahre 2025 bis 2029 vor. Der Magistrat hat sich am 28.10. intensiv mit dem Entwurf befasst. Bereits im September sind in der Kämmerei unter Federführung von Ralf Krug umfangreiche Grundlagen dafür erarbeitet worden.

Einleitung

Bereits im vergangenen Jahr hatten wir Ihnen im Rahmen der Infoveranstaltung zum Haushaltsentwurf 2025 dargestellt, wie sich der Anstieg der Ausgaben und die zurückgehende Entwicklung der Einnahmen auseinanderentwickelt haben und auch mittelfristig auseinanderentwickeln werden und welche fatalen Wirkungen dies auf die bis dahin nicht schlechte Niedensteiner Finanzsituation hat.

Das setzt sich nun 2026 leider fort. Die Ausgaben steigen weiter, wir haben in diesem Jahr eine Inflation von 2,1% und steigende Lohnkosten von gut 3%. Parallel gehen unsere Einnahmen zurück.

Haushaltssatzung

Der Haushaltsplan schließt für das Jahr 2026 mit einem Defizit von 682.000 Euro im ordentlichen Ergebnis ab. Der Zahlungsmittelfehlbetrag im Finanzaushalt beträgt 1,123 Mio. Euro, unter Berücksichtigung von Investitionen in Höhe von 4,552 Mio. Euro und einem Kreditbedarf von 72.000 Euro.

Der Ergebnishaushalt ist in der Finanzplanung der Jahre 2025 bis 2029 unausgeglichen. Die jährlichen Fehlbeträge summieren sich in den Jahren 2025 bis 2029 auf 2,882 Mio. €. Diese Fehlbeträge können mit der bestehenden Ergebnisrücklage gedeckt werden. Am Ende des Finanzplanungszeitraums besteht noch eine Ergebnisrücklage in Höhe von 352.000 €.

In der Finanzplanung der Jahre 2025 bis 2029 ist der Finanzaushalt ebenfalls unausgeglichen. Die jährlichen Fehlbeträge summieren sich in den Jahren 2025 bis 2029 auf 3,478 Mio. €.

Der Zahlungsmittelbestand zum 31.12.2024 beträgt 1,972 Mio. €. Er bleibt bis zum Ende des Jahres 2026 positiv und beträgt dann 280.000 €. In den Finanzplanungsjahren 2027 bis 2029 wird er negativ und beträgt am Ende des Finanzplanungszeitraums 1,506 Mio. €.

Ergebnisrechnung - Gesamtergebnishaushalt

Im Einzelnen betrachtet betragen die Aufwendungen im ordentlichen Ergebnis 15,091 Mio. €. Sie steigen damit im Vergleich zum Nachtrag 2025 um rund 256.000 € und somit um 1,7% an.

Die höheren Einnahmen aus Gewerbesteuern haben dazu beigetragen, dass die Schlüsselzuweisungen sinken und die im Kommunalen Finanzausgleich angerechnete Finanzkraft und damit die Kreisumlagegrundlagen gestiegen sind. Die Mindereinnahmen und höheren Umlagen summieren sich auf einen negativen Saldo von 667.000 € gegenüber dem Jahr 2024. Die Stadt muss also an andere staatliche Stellen deutlich mehr Geld abführen als vor zwei Jahren.

Auch mit Ausgabendisziplin bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und gleichbleibendem Stellenplan kann dieser Negativtrend nicht aufgehalten werden.

So steigen die Personalkosten auf 4,8 Millionen € und damit um ca. 262.000 € gegenüber diesem Jahr. Sie bleiben damit aber auch auf dem Wert, der in der mittelfristigen Ergebnisplanung des Haushaltes bereits kalkuliert worden war.

Um all diese negativen Auswirkungen auf das Ergebnis einigermaßen auszugleichen sind die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, unter Berücksichtigung von besonderen Ausgabeblöcken des Jahres 2026, auf gleichem Niveau wie in den beiden Vorjahren in Höhe von rund 2 Mio. € eingeplant. Eine Steigerung der Inflation muss daher aus dem Haushalt selbst ausgeglichen werden.

Um diese Ausgabengrenze nicht zu überschreiten, haben wir Reduzierungen bzw. Verschiebungen eingearbeitet, wo immer es nur ging. Manche kann man nur einmal, höchstens zweimal machen, weil sonst das kommunale Anlagevermögen Schaden nimmt. Insofern werden die Sachkosten mittelfristig steigen und durch Einnahmeverbesserungen kompensiert werden müssen.

Die geplanten Erträge belaufen sich in 2026 auf 14,409 Mio. € und gehen im Vergleich zu diesem Jahr um 138.000 zurück. Besonders hier zeigt sich das Dilemma. Denn normalerweise steigen auch die Einnahmen immer zumindest ein wenig parallel mit den Ausgaben. Dies ist im Wesentlichen begründet durch die negative Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel aus der Differenz aus Steuerbeteiligungen und der zu zahlenden Umlagen unter Berücksichtigung der Umlageverpflichtungen im laufenden und im kommenden Jahr.

So werden im Jahr 2026 gegenüber dem Jahr 2024 insgesamt 745.000 € weniger Deckungsmittel zur Verfügung stehen.

Wir haben auf Basis des Nachtrags gleichbleibende Gewerbesteuereinnahmen eingeplant. Dabei erwarten wir, dass der positive Trend der Jahre 2024 und 2025 fortgeschrieben werden kann. Das halte ich für gerechtfertigt, da wir in diesem Jahr den Planansatz von 1,4 Mio. € erreichen werden. Allerdings darf man aufgrund der wirtschaftlichen Situation in unserem Land bei den Einkommenssteueranteilen leider keine große Steigerung erwarten. Die Schlüsselzuweisungen sinken über die Jahre 2024 bis 2026 um 136.000 € auf rund 3 Mio. €.

In der mittelfristigen Ergebnisplanung im Haushaltsplan 2025 waren wir für das kommende Jahr noch von gleichbleibenden Einnahmen der Stadt ausgegangen, die nun doch nicht unerheblich sinken.

Der Einnahmerückgang wurde mit einer restriktiven Ausgabenplanung gemildert, kann aber nicht vollkommen kompensiert werden. So bleibt ein Defizit im Ergebnishaushalt von 682.000 €.

KFA, Schlüsselzuweisungen, Umlagen, Steuern
Die Evaluierung des Kommunalen Finanzausgleichs ist im Finanzministerium des Landes abgeschlossen worden. Der Gesamtbetrag für das Jahr 2026 steigt zwar auf insgesamt über 7,4 Milliarden Euro, um ihn zu stabilisieren und zu vereinfachen. Bei uns kommt jedoch nicht viel davon an.

Im Kommunalen Finanzausgleich erwarten wir in 2026 eine höhere Finanzkraft, die im Vergleich zum Vorjahr um fast 600.000 Euro steigt. Dies hat zur Folge, dass die Kreis- und Schulumlage erneut um rund 270.000 steigt. Die Schlüsselzuweisung sinkt daher um rund 97.500 € im kommenden Jahr.

In der Betrachtung von 2023 bis 2026 stieg die Kreis- und Schulumlage um 869.000 €. Das Defizit mit KFA steigt in 2026 somit auf 1.382.000 €.

Gemeinsam fordern die hessischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit unseren Spitzenverbänden dem HSGB und dem Hessischen Städtetag eine Verbesserung bei der Finanzausstattung der Kommunen. Es besteht umfassender Handlungsbedarf. Die Kommunen müssen von Aufgaben entlastet werden. Die Einnahmen der Kommunen müssen geschützt werden und es muss eine wirkliche Verbesserung im kommunalen Finanzausgleich geben.

Die Ausgaben für Pflichtaufgaben sind weiterhin stärker gestiegen als die kommunalen Einnahmen und die Landeszuweisungen.

Die finanzielle Situation vor Ort wird zunehmend schwieriger. 2026 können wir noch auf Rücklagen aus dem ordentlichen Ergebnis zurückgreifen. In den Folgejahren sieht das voraussichtlich anders aus. Die Rücklagen aus dem ordentlichen Ergebnis sind dann aufgebraucht.

Das Ende der Fahnenstange ist hier längst noch nicht erreicht, da man davon ausgehen muss, dass auch der Kreishaushalt auf ein nicht unerhebliches Defizit im kommenden Jahr zusteert. Eine weitere Erhöhung der Kreisumlage ist wahrscheinlich.

Auch die Grundsteuerreform hat nicht dazu beigetragen, dass die Einnahmen aus der Grundsteuer A und B stabil blieben. So bleibt die Grundsteuer B trotz unserer notwendigen Erhöhung auf den Nivellierungshebesatz von 320% hinter den Planungen zurück.

Ich sehe in einer nochmaligen Erhöhung der Grund- und/oder Gewerbesteuern für das kommende Jahr zur Verbesserung der Finanzlage keinen vernünftigen Lösungsweg. Die aktuellen Hebesätze sollten weiterhin für die Steuerzahlenden stabil und verlässlich sein.

Allerdings haben sie nicht den Einnahmeeffekt gehabt, wie es aufgrund der

Hebesatzempfehlung des Finanzministeriums zu erwarten gewesen wäre. Mir kommt es vor, dass die Finanzmathematiker in Wiesbaden hier oberflächlich geschätzt haben und nicht alle Komponenten in der Grundsteuerprognose berücksichtigt wurden.

Letztendlich ist aber auch das Haushaltsdefizit zu groß, um es durch die Anhebung der Grundsteuern ausgleichen zu können. Daher ist für das Jahr 2026 keine Erhöhung der Hebesätze geplant. Auch die mittelfristige Finanzplanung beinhaltet keine höheren Hebesätze.

Investitionen

Meine Damen und Herren, es wird aber auch notwendig sein, unsere Investitionstätigkeit auf den Prüfstand zu stellen. Wie Sie dem neuen Investitionsplan entnehmen können wollen wir 4,552 Mio. € investieren.

Der Durchschnitt pro Jahr wird in den nachfolgenden drei Jahren, also 2027 – 2029 aber auf rund 1,3 Mio. € p.a. sinken, da eine kritische Überprüfung des Investitionsplans und ein Zurückfahren der Investitionstätigkeit notwendig gewesen ist.

Der Saldo von Einzahlungen und Auszahlungen des Investitionsprogramms 2025 – 2029 beträgt insgesamt 2,345 Mio. €. Dieser Betrag ist als Kreditaufnahme über den fünfjährigen Zeitraum vorgesehen.

Die Ausgaben für Zins und Tilgung der Gesamtdarlehenssumme betragen bei einer Annuität von 5 % mit einer Laufzeit von 31 Jahren, mit einem Zinssatz von 3 % und einem anfänglichen Tilgungssatz von 2 % jährlich rund 117.000 €.

Das Investitionsprogramm beinhaltet nicht wie in den Vorjahren Vorsorgeposten für die Sanierung von Abwasseranlagen und der Erneuerung von Gemeindestraßen. Für den Bereich der Abwasserbeseitigung werden die Sammler in den nächsten drei Jahren

umfassend untersucht. Aus der Untersuchung wird ein konkretes Sanierungsprogramm aufgestellt.

Dieses soll mit den Ergebnissen der Untersuchung der Gemeindestraßen verknüpft werden. Aus den verknüpften Ergebnissen der Zustände wird unter Berücksichtigung des Alters und weiterer Daten der öffentlichen Versorgungsträger (Wasser, Strom, Telekommunikation) eine Priorisierung der Sanierungs- und Erneuerungsmaßnamen erfolgen, die dann in das Investitionsprogramm aufgenommen werden.

Schlussfolgerung

Sehr geehrte Damen und Herren,
was bedeutet das nun? Es bedeutet, dass für eine nachhaltige Erholung der Gemeindefinanzen weitere deutliche Verbesserungen auf der Einnahmenseite notwendig sind. Die Ausgaben werden im Millionenumfang nicht mehr sinken und Einsparungen sind in dieser Größenordnung auch nicht möglich.

Selbstverständlich ist das Schließen von Kitas oder vom Hallenbad keine Option. Das ist weder möglich, noch gewollt. Aber auch das Reduzieren von Angeboten der Gemeinwesenarbeit, von Einschränkungen bei der Nutzung von DGH's, Hallenbad, Sportstätten und weiteren Infrastruktureinrichtungen kann keine Lösung sein.

So kommen bereits Städte und Gemeinden in ganz Deutschland, ob groß oder klein, auf ganz aktuelle mehr oder weniger vernünftige Einsparideen. So verzichten Städte wie Erlangen und Bensheim auf Hundekotbeutel, Karlsruhe kündigt alle Zeitungsabos, Leverkusen verzichtet auf das Bepflanzen von Grünflächen mit Blumenzwiebeln, im Burgenlandkreis werden nur noch einmal im Jahr die Fenster geputzt, in Baden-Baden werden keine städtischen Weihnachtsbäume mehr finanziert und einige Städte streichen das Budget für Städtepartnerschaften.

Überlegen Sie doch auch einmal in ihren Haushaltsklausurtagungen, ob Ihnen nicht auch der eine oder andere Einsparvorschlag einfällt, den wir noch nicht umgesetzt haben.

Betrachten Sie diesen kleinen Ausflug - wie ich - mit einem Augenzwinkern. Kommunen sind dem Gemeinwohl verpflichtet und haben daher in der Öffentlichkeit eine hohe Wahrnehmung. Zurück zur wesentlichen Schraube, dem KFA.

Ich wiederhole mich bewusst: „Was jetzt kommen muss, ist eine deutliche Verbesserung des kommunalen Finanzausgleichs durch das Land Hessen. Denn das Land ist als der Akteur auf dem Feld der Kommunalfinanzen seiner Verpflichtung, die Kommunen finanziell ordentlich auszustatten, bisher nicht nachgekommen. Und das ist auch nicht in Sicht.“

Wir wissen, dass der Haushalt des Landes Hessen ebenfalls in einer schlechten Verfassung ist. Er hängt am Tropf des Bundes und deshalb wird das Land die notwendigen deutlichen Verbesserungen des KFA nicht umsetzen.

Es zeigt sich an den Haushaltssituationen der Städte und Gemeinden nun deutlich, dass eben auch die Finanzpolitik des Bundes, die davon ausgeht, dass Steuerzuwächse nur aus Wachstum kommen dürfen, den Staat unterfinanziert. Solange der Bund nicht bereit ist, höhere Steuereinnahmen mit einer umfassenden Steuerreform umzusetzen, wird es auch bei uns in der momentanen wirtschaftlichen Situation nicht die dringend benötigten Zuwächse geben.

Das Einzige, was das Land tut, und das schon mit dem Finanzplanungserlass von 2024, ist, Erleichterungen zur Erlangung von Haushaltsgenehmigungen auszusprechen. Das ist auch der wesentliche Grund, warum kein Haushaltssicherungskonzept für unseren Haushaltsentwurf begleitend aufgestellt werden muss. Kurzum: dieser Haushalt ist nach einer Beschlussfassung durch sie, genehmigungsfähig.

Mit einem dürftigen kommunalen Finanzausgleich schadet das Land massiv der kommunalen Selbstverwaltung.

Denn die Menschen erwarten gerade heute eine verlässliche, kompetente personell gut aufgestellte Verwaltung vom Bürgerbüro, über die Kitas bis hin zum Bauhof.

Spätestens an dem Punkt, wenn es auf einmal Wartelisten in den Kindertagesstätten gibt und man nicht den Kita-Platz bekommt, den man braucht, wenn auf einmal wichtige städtische Straßen nicht mehr vom Schnee geräumt werden, weil die Maschinen oder Personal fehlt, wenn es keine Angebote für ältere Menschen mehr gibt und keinen kommunalen Pflegedienst, wenn die Grünanlagen verwahrlosen, wenn es keine kulturellen Angebote mehr gibt, wenn eine Pflichtfeuerwehr aufgebaut werden muss, weil nicht mehr genug freiwillige Feuerwehrleute vorhanden sind, weil die Feuerwehrhäuser und -ausrüstung vergammelt sind, dann beginnt sich Unzufriedenheit breit zu machen und dann stellen die Bürgerinnen und Bürger Fragen an die Verantwortlichen. In einer Zeit der Bedrohung der Demokratie von Rechtsaußen ein gefährliches Vorgehen.

Nicht nur einmal habe ich in den letzten Tagen und Monaten Mails oder anonyme Briefe mit vergleichbaren Inhalten erhalten:

„Wenn es Ihnen nicht gelingt bis nächste Woche die kaputte Straßenlaterne zu reparieren oder auch das Loch in den Straßen zu reparieren, dann wählen meine Nachbarn eine Alternative zu den demokratischen Parteien.“

Vor einer Woche wurde zu diesen Entwicklungen, die Studie: „Menschenfeindliche Ansichten sickern in die Mitte“ veröffentlicht. Im Ergebnis ist das Misstrauen der Menschen in Deutschland gegenüber der Demokratie gewachsen.

Demnach lässt sich nun auch in der Mitte der Gesellschaft eine Normalisierung von antidemokratischen und menschenfeindlichen Aussagen beobachten. Zugleich sorgen sich viele vor einem zunehmenden Rechtsextremismus.

„Das Vertrauen in Institutionen und die Umsetzung demokratischer Prinzipien schwindet drastisch“, wird darin bilanziert.

Ein Grund dafür sei, dass mehr Menschen die Funktionsweise der Demokratie in Deutschland schlecht bewerteten. Nur noch 52 Prozent sind jedoch der Meinung, dass die deutsche Demokratie im Großen und Ganzen ganz gut funktioniert. Sechs Jahre zuvor waren es noch 65 Prozent. Zugleich wächst der Anteil derer, die staatlichen Institutionen und Wahlen misstrauen, von 6 Prozent 2021 auf 18 Prozent in diesem Jahr.

Quellenangabe: Fritzlar-Homberger Allgemeine vom 07.11.2025, Seite 17

Schulden

Unser Schuldenstand wird zum Jahresende 2026 9,615 Mio. Euro betragen.

Es ist geplant den Schuldenstand bis zum Ende des mittelfristigen Planungszeitraums auf 9 Mio. Euro zurückzuführen. Dieser Schuldenstand der Stadt Niedenstein bewegt sich im Mittelfeld der hessischen Kommunen.

Die Schuldendatistik des hessischen statistischen Landesamtes per 31.12.2023 sieht Niedenstein bei den am geringsten verschuldeten Kommunen im Schwalm-Eder-Kreis auf Platz 9 von 27 und in Hessen unter allen 421 Kommunen auf Rang 187, also im vorderen Mittelfeld. Daran wird sich auch heute nicht viel geändert haben, denn die momentane Wirtschaftskrise trifft alle Kommunen gleichermaßen.

Unsere Kredite resultieren nicht aus Konsumausgaben, sondern aus Investitionen.

Wir schaffen mit den kreditfinanzierten Investitionen Werte und so steht diesen ein Anlagevermögen der Stadt am Ende des Jahres 2024 mit einem Wert von rd. 30,8 Mio. Euro gegenüber, das um 3,7 Mio. € bis zum Jahresende 2026 abschreibungsbereinigt anwachsen wird.

Uns kommt darüber hinaus zugute, dass wir große Investitionen wie die neue Feuerwehr oder den Neubau von zwei Kitas bereits durchgeführt haben. Nicht umsonst ist nicht nur die Lebensqualität, sondern auch die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der Lebenssituation in Niedenstein sehr hoch.

Fördermittel

Für die Kita Frechdachse in 2017 und den Feuerwehrneubau in 2021 konnten wir noch Fördermittel akquirieren. Zuschüsse hat es im vergangenen Jahr z.B. für den Neubau der Krippe Nesthäkchen schon nicht mehr gegeben.

So stehen geeignete Förderprogramme für kleinere Kommunen immer weniger zur Verfügung. Entweder ist die Mindestgrenze bei Bundesprogrammen nicht zu erreichen oder bei Landesprogrammen die kommunale Beteiligung kaum darzustellen, weil der prozentuale Fördersatz niedrig ist. Dagegen werden die Rahmenbedingungen um eine Förderzusage zu erhalten, immer komplexer.

Ich setze mich nicht nur als Bürgermeister, sondern auch als Sprecher des Leader-Entscheidungsgremiums Region Kassel-Land dafür ein, Finanzierungshilfen und Zuschüsse den Städten und Gemeinden und den kommunalen Projektträgern projektbezogen, aber im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung, zur Verfügung zu stellen. Das Land Hessen hält seine Kommunen lieber ein Stück weit an der kurzen Leine und stellt zusätzlich Förderprogramme zur Verfügung, damit es mehr Einfluss darauf hat, wofür wir Geld ausgeben. Echte kommunale Selbstverwaltung sieht anders aus. Wir haben uns darauf eingestellt.

Zuletzt haben wir uns erfolgreich - im zweiten Anlauf - um Fördermittel beim Programm „Klimaangepasstes Waldmanagement“ beworben. Über die nächsten 10 Jahre sollen wir Zuschüsse für den klimagerechten Waldumbau in Höhe von jährlich 35.000 € erhalten. Das Familienzentrum mit der Gemeinwesenarbeit wurde auch in diesem Jahr noch einmal gefördert. Wir haben Zuschüsse für die Konzepte Nahmobilität, Starkregenrisikomanagement, kommunale Wärmeplanung und für die Dorfmoderation erhalten. Mit den Ergebnissen aus der gerade laufenden Dorfmoderation wollen wir uns für die Aufnahme in das Dorferneuerungsprogramm bewerben. Dafür sind im Investitionsprogramm ab 2026 bereits Mittel von 300.000 € p.a. vorgesehen, wenn Zuschüsse in Höhe von 180.000 € fließen. Zu viel Erwartung darf man auch bei einer positiven Förderzusage, die wir im Herbst nächsten Jahres erwarten, nicht haben. Es werden überschaubare Finanzmittel zur Verfügung gestellt, die für z.B. energetische Sanierungen an unseren DGH's schnell aufgebraucht sein könnten.

Das erfolgreiche Akquirieren von Fördermitteln generiert einen Mehrwert für alle in Niedenstein. Fördermittel aus Leader-Projekten wie der Generationenpark, HessenMobil-Zuschüsse für den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen und Zuschüsse zur Gemeinwesenarbeit steigern die Lebensqualität und Lebenszufriedenheit vor Ort.

Trotzdem muss man darüber nachdenken, in Zeiten schwieriger Finanzlagen, die Kriterien enger zu fassen. Gesetzlich vorgeschriebene sowie katastrophenschutz-, zivilschutz- und sicherheitsrelevante Maßnahmen werden mittelfristig Priorität haben müssen. Zukünftige Förderprogramme müssen sich wieder an den Pflichtaufgaben der Kommunen, wie z.B. der Kinderbetreuung orientieren.

Sondervermögen - LuKIFG

Meine Damen und Herren,
zurzeit wird viel diskutiert, über den kommunalen Anteil der Investitionsmittel, die durch das Bundessondervermögen vom Land an die Kommunen weitergegeben werden soll. Der Verteilmechanismus stellt sich wie folgt dar: Dem Land Hessen werden Investitionsmittel nach dem LuKIFG , dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz in Höhe von 7,439 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Davon sollen Kommunen und Kreise 4,7 Milliarden Euro erhalten.

Diese werden zur Hälfte den kreisangehörigen Gemeinden über einen 12-jährigen Zeitraum auf Grundlage der Einwohnerzahl Stand 31.12.2024 verteilt.

Daraus ergibt sich eine mögliche selbst berechnete Prognose von rund 2,1 Mio. Euro für die Stadt Niedenstein und damit rund 175.000 Euro pro Jahr. Dies entspricht noch nicht einmal einem Investitionsbedarf für die Sanierung unserer Abwasseranlagen, die wir im Investitionsprogramm der Folgejahre benötigen. Also: die noch nicht zugewiesene Kohle ist schon wieder weg!

Es bedarf einer grundlegenden Veränderung der Vorgehensweise. Denn wir brauchen nicht immer mehr Investitionszuschüsse, sondern mehr freie Mittel für und im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung.

Eine ganz einfache Maßnahme wäre die Übernahme der Personalkosten für die Kindertagesstätten in etwa analog zu den Schulen - durch das Land, am besten vollständig, mindestens aber die Hälfte. Das wäre ein massiver und nachhaltiger Beitrag zur Sanierung der kommunalen Finanzen. Und dann könnten wir uns auch unsere Investitionen leisten.

Entwicklung des Stellenplans

Das Stellenvolumen des Stellenplans 2026 beträgt 64,27 Stellen und liegt damit um 0,3

Stellen höher als im Jahr 2025. In der Verwaltung steigt der Stellenbedarf um 0,5 Stellen, da eine Altersteilzeitstelle im Sachgebiet 60 Bauen und Umwelt neu besetzt werden soll. Im Hallenbad sinkt der Stellenbedarf um 0,2 Stellen.

Die für die IT-Betreuung der Stadtverwaltung im letzten Jahr aufgenommene Stelle wird gestrichen. Die IT-Betreuung erfolgt nun weitestgehend durch die ekom21. Die Digitalisierungsaufgaben werden punktuell an Dienstleister fremdvergeben.

Im Bereich der Gebäudewirtschaft wird das bisherige Stellenvolumen auf eine Vollzeitstelle angehoben. Diese Stelle war im Stellenplan 2025 noch mit einer Stelle im Hallenbad (0,50 Stelle) kombiniert. Es steht nun für Hausmeisteraufgaben eine Vollzeitstelle zur Verfügung. Insgesamt sind 48 städtische Gebäude mit einer Bruttogrundfläche von rund 13.500 m² zu betreuen.

Schlusswort:

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine differenzierte Betrachtung ist also notwendig und ein Plan ist notwendig, wo man hin will. Nur wer den hat, kann auch erfolgreich Prioritäten setzen. Und wir haben Pläne und Konzepte. Wir haben sie zusammen entwickelt und beschlossen, setzen sie erfolgreich um und wir setzen mehr um, als unser Haushalt allein es hergibt.

Mit diesem Entwurf für 2026 legen wir einen Haushalt vor, der beides berücksichtigt: Die Notwendigkeit zur Stadtentwicklung und die Notwendigkeit zur Anpassung an eine schwierige Finanzsituation.

Wir werden Sie über die Entwicklungen in den Finanzberichten zeitnah informieren und bei Bedarf gegensteuern.

Abschließend bedanke ich mich sehr herzlich bei meinen Kolleginnen und Kollegen, die an

diesem Haushaltsplan mitgearbeitet haben. Ein besonders herzlicher Dank gilt Stadtkämmerer Ralf Krug, der wieder sehr sorgfältig und gewissenhaft diesen Haushaltsentwurf aufgestellt hat.

Auch Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren sage ich Danke für die konstruktiven Diskussionen und Entscheidungen in den letzten Monaten. Ich wünsche Ihnen eine erfolgreiche Beratung in Ihren Fraktionen. Ich stehe Ihnen für Fragen und weiterführende Informationen mit meinem Team in 14 Tagen bei unserer gemeinsamen Haushaltsinfoveranstaltung, am 27. November im Gemeinschaftshaus Ermetheis, gern zur Verfügung.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort - Frank Grunewald, 13. November 2025

Anlage 1

Nachfolgend wird als Anlage das Sachgebiet Soziales und Kultur und die Themengebiete im Bereich Bauen und Infrastruktur erläutert. Dies ist kein Bestandteil der Einbringungsrede, aber ein Bestandteil des Ausblicks auf das Jahr 2026 (kursiv):

Mit der Fertigstellung der Kinderkrippe Nesthäkchen im Sommer dieses Jahres und der für das Frühjahr 2026 geplanten Einweihung des Generationenparks sind die größeren Neubaumaßnahmen in der Stadt Niedenstein für die kommenden Jahre fertiggestellt. Die Erschließung des Neubaugebietes „Auf der Klippe“ wurde bereits mit dem Straßenendausbau abgeschlossen und es konnten bis auf ein Grundstück, alle veräußert werden, von denen mittlerweile rund 80 % bebaut sind.

Für das Jahr 2026 ist die Vermarktung der Mehrfamilienhausgrundstücke entlang der Schulstraße vorgesehen, für die bereits eine Interessentenliste vorliegt.

Nach wie vor sind Baugrundstücke in der Stadt Niedenstein gefragt, wobei deutlich die Nachfrage nach kleineren Grundstücken steigt. Diesem Prozess soll mit dem sich an das Neubaugebiet „Auf der Klippe“ anschließende Baugebiet Nr. 8 W „Auf der Hardt“ Rechnung getragen werden. Hier wird mit der Erschließung auch die wesentliche Maßnahme mit einem Investitionsvolumen von 2,85 Mio. €.

Weiterhin wird vielmehr der Schwerpunkt in der Zukunft auf dem Erhalt und der Instandsetzung von städtischen Liegenschaften und von der städtischen Infrastruktur liegen. Um in beiden Bereichen die Baumaßnahmen zukünftig zielbringend planen und wirtschaftliche Entscheidungen treffen zu können, wird im Jahr 2026 für die städtischen Liegenschaften analog zu der Straßenzustandserfassung eine Erhebung zu dem baulichen und energetischen Zustand durchgeführt werden. Anhand der Ergebnisse wird sich dann feststellen lassen, wie die städtischen Liegenschaften zukunftsfähig werden und welche finanziellen Mittel hierfür zu Verfügung gestellt werden müssen.

Neben dem Erhalt der Bausubstanz von städtischen Liegenschaften müssen auch die dazugehörigen Außenanlagen stellenweise erneuert, umgestaltet und mit einer zeitgemäßen Pflege unterhalten werden. Im kommenden Jahr 2026 sieht der Haushaltsplan bereits eine Erneuerung der Außenanlagen der Kindertagesstätte Rasselbande vor und stellt hierfür Mittel in Höhe von rund 150.000 Euro bereit.

Wie sich die städtischen Außenanlagen und Grünflächen auch im Sinne der Klimaanpassung und des Klimaschutzes entwickeln lassen, werden die Ergebnisse des durch die Kreditanstalt für den Wiederaufbau in Höhe von 80 % bezuschusste Erstellung eines Pflegekonzeptes zur Anlage und Aufwertung naturnaher Grünflächen im Innenbereich zeigen. Wir haben sich uns in diesem Jahr bei dem sogenannten KFW 444 Förderprogramm erfolgreich beworben und im Oktober einen Zuwendungsbescheid in Höhe von knapp 70.000,- Euro erhalten. Der Förderzeitraum endet im Oktober 2027, sodass im Jahr 2026 die Konzepterstellung sowie die Umsetzung einer Erstmaßnahme geplant sind.

Für die Instandhaltung und Sanierung städtischer Verkehrsflächen und Verkehrsanlagen wurden bereits mit Hilfe des Straßenzustandserfassungssystems Valytics wiederkehrenden Befahrungen durchgeführt und eine gute Datengrundlage geschaffen. Diese Datengrundlage wird nun mit den geplanten Baumaßnahmen Dritter, wie dem Wasserverband Gruppenwasserwerk Fritzlar-Homberg, und den Ergebnissen der Kanalbefahrungen in Folge der Eigenkontrollverordnung abgeglichen. Für Kanalsanierungen stehen daher nur noch 150.000,- Euro aus diesem Jahr zur Verfügung. Eine neuen Investitionsgrundlage für die kommenden Jahre wird nächstes Jahr geschaffen.

Im kommenden Jahr wird durch die Stadtverwaltung den städtischen Gremien eine Entscheidungs- und Planungsgrundlage für die zu priorisierenden Kanal- und Straßenbaumaßnahmen vorgelegt werden können. In diese Entscheidungsfindung sollen auch bereits in vorangegangenen Haushaltsplänen

enthaltene Straßenerneuerungsmaßnahmen erneut mit einbezogen werden, um langfristig unter Abwägung aller Aspekte einen wirtschaftlich sinnvollen Straßen- und Kanalsanierungsplan aufstellen zu können.

Auch ist der Schutz vor Starkregenereignissen vor allem im Außenbereich, ein Schwerpunkt in den Folgejahren, wo dauerhaft durch Maßnahmen aber auch durch eine vorbeugende Landschaftspflege, ein Schutz vor plötzlich auftretenden Starkregenereignissen vorgehalten werden muss, um ein unkontrolliertes und nicht beherrschbares Vordringen von Wasser in die Ortslagen zu verhindern.

Themengebiet Umwelt und Klima

In Zukunft wird das Augenmerk verstärkt auch auf den Außenbereich gerichtet werden müssen, um Themen der Klimaanpassung, wie z. B. eine Starkregenvorsorge, bewältigen zu können.

Ein Baustein bildet hier das „100 Wilde Bäche“ Programm, in welches bereits vor einigen Jahren die Wiehoff aufgenommen wurde. Mit Hilfe des Programms, welches eine 90 % Förderung vorsieht, sollen Maßnahmen umgesetzt werden, die die Wiehoff in einen möglichst naturnahen Zustand versetzen und somit auch Retentionsräume bei hohen Wasserständen schaffen soll. Die Renaturierung der Wiehoff stellt neben einem Beitrag für die Entwicklung von Flora und Fauna eine Schutzmaßnahme für Siedlungsbereiche dar, durch welche die Wiehoff fließt.

Als Gründungsmitglied des Landschaftspflegeverbandes Schwalm-Eder e.V. strebt die Stadt Niedenstein in enger Zusammenarbeit mit dem Landschaftspflegeverband eine zukunftsweisende Entwicklung des Außenbereiches an, um auf die Herausforderungen der Klimaanpassung reagieren zu können.

Die Stadtverordnetenversammlung hat erst in ihrer Septembersitzung dieses Jahr eine fünfjährige interkommunale Zusammenarbeit mit den

Nachbarkommunen Gudensberg, Edermünde, Körle und Guxhagen beschlossen, die unter fachlicher Begleitung und Anleitung durch den LPV erfolgen soll.

Ziel ist es, Maßnahmen für eine vielfältige Landschaft sowie vernetzte Lebensräume im nördlichen Schwalm-Eder-Kreis zu entwickeln. Im Fokus stehen dabei Maßnahmen zur Entwicklung eines ökologisch wertvollen, artenreichen Biotopverbundes durch kommunale Nebenflächen wie Säume, Feldraine, Hecken und Gräben auf kommunalen Flächen.

Die Ergebnisse der interkommunalen Zusammenarbeit stellen damit eine Grundlage für die zukünftige Pflege von Flächen und Gehölzen im Außenbereich dar und ergänzen das Pflegekonzept für den Innenbereich, welches mit Hilfe der einer Förderung durch das KFW 444 Programm erstellt wird.

Themengebiet Dorfentwicklung

Die Stadt Niedenstein bewirbt sich mit ihren fünf Stadtteilen im Jahr 2026 für die Anerkennung als Förderschwerpunkt in der Dorfentwicklung mit dem Ziel, die Ortskerne als attraktive, zukunftsfähige und lebendige Lebensräume zu gestalten und zu erhalten. Die Laufzeit der Förderung mit einer Gesamtsumme von 1,5 Millionen Euro beträgt 6,5 Jahre, wobei für die Bewerbung als Förderschwerpunkt die Vorlage eines kommunalen Entwicklungskonzeptes erforderlich ist, in dem bereits Aussagen u.a. zu Innenentwicklungszielen, potenziellen Fördergebieten und möglichen Projekten und Maßnahmen getroffen werden sollen.

Das kommunale Entwicklungskonzept soll mit Hilfe eines Fachbüros unter Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern erstellt werden. Die Verwaltung hat bereits im Frühjahr 2025 einen entsprechenden Förderantrag zur Erstellung eines kommunalen Entwicklungskonzeptes unter Einbeziehung eines Fachbüros gestellt.

Dieser Antrag wurde Anfang August 2025 positiv beschieden. Nach erfolgter Ausschreibung wurde

das Büro akp aus Kassel mit der Erarbeitung eines kommunalen Entwicklungskonzeptes beauftragt. Eine Bürgerbeteiligung im Rahmen einer Dorfmoderation hat im Oktober und im November dieses Jahres stattgefunden, sodass noch im Dezember das kommunale Entwicklungskonzept der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann. Die Antragstellung erfolgt dann im Februar 2026.

Themengebiet Bauleitplanung und Siedlungsentwicklung

Den größten Umfang der Bauleitplanverfahren des Jahres 2026 und auch des Jahres 2027 nimmt die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Niedenstein ein, der in vielen Aspekten den bislang rechtskräftigen Flächennutzungsplan aus dem Jahr 1993 ergänzt und erweitert. So wird der neue Flächennutzungsplan auch Entwicklungsziele und Leitbilder des Landschaftsplanes der Stadt Niedenstein enthalten und gerade auch in Hinblick auf die zukünftige Siedlungsentwicklung die Ergebnisse aus der Starkregenrisikoanalyse, des Nahmobilitätskonzeptes und des kommunalen Wärmeplanes berücksichtigen.

Der kommunale Wärmeplan für die Stadt Niedenstein soll im Frühjahr 2026 abgeschlossen werden und wichtige Handlungsempfehlungen enthalten, wie bis zum Jahr 2045 eine CO₂ neutrale Wärmeversorgung im Stadtgebiet möglich sein wird. Dies kann zum einen durch zentrale Lösungen wie Wärmenetze oder aber auch durch dezentrale Lösungen in Form von Sanierungen des Gebäudebestandes und den Einbau klimafreundlicher Heizungssysteme erfolgen.

Themengebiet Mobilität

Das im Sommer 2025 fertiggestellte Nahmobilitätskonzept zeigt verschiedene Handlungsmöglichkeiten zur Förderung des Fuß- und Radverkehrsanteils auf und wird noch im Dezember 2025 der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt. Mit der

Beschlussfassung wird die Voraussetzung geschaffen, um eine Förderung der Umsetzung und Realisierung der konzeptionell erarbeiteten Maßnahmen zu ermöglichen. Der Haushaltsplan 2026 berücksichtigt bereits die Verkehrsberuhigung eines Abschnittes der Schulstraße zwischen den Kindertagesstätten Rasselbande und Arche Noah sowie den benachbarten Einrichtungen der AWO. Eine anteilige Förderung der mit 100.000 Euro im Haushalt veranschlagten Umgestaltung des Abschnittes wird von der Stadtverwaltung beantragt.

Ebenso ist die Schaffung einer Querungshilfe im Stadtteil Metze über die Besser Straße zwischen dem Gemeinschaftshaus und dem Friedhofgelände ein Maßnahmenvorschlag aus dem Nahmobilitätskonzept, welcher in den Haushaltsplan 2026 aufgenommen wurde und in Kooperation mit Hessen Mobil umgesetzt werden soll.

Ein weiterer wichtiger Baustein zum Erhalt- und Ausbau der Nahmobilität in Niedenstein stellt der barrierefreie Umbau von Bushaltestellen in allen Stadtteilen Niedensteins dar. Ein Anfang wurde dieses Jahr mit dem Umbau der Bushaltestelle an der Goethestraße gemacht und auch in den Folgejahren ist ein kontinuierlicher Umbau von Bushaltestellen.

Sachgebiet Soziales und Kultur

Auch ist der Haushaltsentwurf im Bereich Soziales und Kultur mit dem Familienzentrum ein realistisches Spiegelbild unserer im Umbruch befindlichen, fragilen Gesellschaft. Mit der vorsichtigen und bedachten Haushaltsplanung schauen wir genau hin, wo Investitionen in die Zukunft realistisch und auf der anderen Seite unabdingbar sind. Ein Spielraum bleibt uns als Kommune nicht. Auch in den Folgejahren wird sich an den Rahmenbedingungen wohl kaum verbessern. Leider setzt sich dieser Negativtrend in der Finanzierung von Sozialbudgets fort, gerade jetzt wo wir mehr Mittel benötigen um den sozialen Frieden

in allen Gesellschaftsschichten und Generationen zu sicherzustellen.

Dies gilt insbesondere dort, wo wir als Stadt soziale Verantwortung für die Menschen vor Ort übernehmen wollen und müssen. In der Landesregierung diskutiert man über die Finanzierung des Sozialstaats - Kritik gibt es an der Unterfinanzierung sozialer Einrichtungen.

Eine Diskussion, die erneut im Wesentlichen am Ende der Gesellschaft zu Buche schlägt. Dort wo Themen wie Vereinsamung, Altersarmut, Bildung und gesellschaftlicher Zusammenhalt eine große Rolle spielen

Auch die gesellschaftliche Entwicklung hin zu extremen Positionen ist in Niedenstein, auch gegenüber der Verwaltung längst angekommen und fügt sich in die komplexe Aufgabenstellung ein. Eine Herausforderung, die wir als Kommune allein nicht mehr bewältigen können, aber die wir vor Ort zu lösen beginnen müssen.

Ob die Gemeinwesenarbeit auch in Zukunft finanzielle Unterstützung durch Landesmittel erfährt, bleibt vorerst offen. Jedoch sind wir in der Lage mit überschaubaren Mitteln Teilhabe jeden Alters, Geschlechts und Herkunft zu ermöglichen. Im kommenden Jahr werden wir zudem noch mehr auf den Teilespekt der präventiven Arbeit setzen können. - Früher und rechtzeitiger an den Themenstellungen der Alltagsversorgung im Alter, politischen Meinungsbildung bei jungen Menschen und die Vernetzung von wichtigen Akteuren zu forcieren.

Offene Kinder- und Jugendangebote, Ferienspiele und Ferienbetreuung, die Betriebsaufnahme von ehemals verwaisten Jugendclubs, Eltern-Kind-Gruppen, Angebote für Frauen und Senioren, die für Austausch und Impulse sorgen, werden auch wieder im nächsten Jahr durch aktive und kulturelle Veranstaltungsangebote ergänzt.

Mit der Eröffnung des Mehrgenerationenparks wird uns auch ein optischer Brückenschlag der Generationen gelingen, den es in Zukunft wieder stärker bedarf, um den Herausforderungen gerecht zu werden - Dinge positiv zu besetzen.

Mit der Eröffnung des Mehrgenerationenparks wird eine Weiterentwicklung des naheliegenden Hallenbades im Hinblick auf das Angebot der Cafeteria mitgedacht. Eine höhere Nachfrage, durch zusätzliche Quellmärkte, erfordert eine Angebotsanpassung. Wie diese weitergedacht werden kann, wird im kommenden Jahr unter Berücksichtigung von möglichen Bedarf- und Nutzerverhalten und dem Kosten-Leistungsverhältnis betrachtet.

Frank Grunewald, 12. November 2025